

Der Abschnitt zu Chile endet mit einem Fragezeichen hinter dem Sturz Allendes, die neueren politischen und verfassungsmäßigen Entwicklungen in Kuba 1975/76 sind (natürlicherweise) noch nicht verarbeitet. Man kann nur auf das regelmäßige Erscheinen neuer Auflagen hoffen, damit nicht aus der aktuellen Einführung ein historisches Kurzhandbuch werde.

Knud Krakau

JOHN A. G. GRIFFITH

**The Politics of the Judiciary**

224 S., Manchester University Press, Manchester 1977 (£ 4,95),

Paperback Fontana/Collins, Glasgow 1977 (£ 1,25)

Es geschieht nicht häufig, daß ein Jurist die „dritte Gewalt“ und ihre Funktion mit Kategorien der politischen Wissenschaft zu beschreiben versucht; daß dieser Versuch auch gelingt, ist ausgesprochen selten. Die angezeigte Arbeit ist einer dieser seltenen Fälle. In ihr zeichnet Griffith ein Bild der britischen Judikative, das geeignet ist, weitverbreitete Vorstellungen von der freiheitsschützenden Tradition der Richter Ihrer Majestät ins Wanken zu bringen. Dabei stützt sich der Autor auf eine ausführliche Rechtsprechungsanalyse, die trotz ihres Auswahlcharakters das problematische Verhältnis zwischen Richter und Gesetzgeber gerade — aber nicht nur — im angelsächsischen Rechtskreis beispielhaft erhellt. Leider versäumt Griffith es (bis auf eine Ausnahme, S. 152 f.), die Rechtsprechung des Judicial Committee of the Privy Council in seine Analyse miteinzubeziehen. Gerade mit dem Beispiel des früheren Ceylon hätte er nämlich seine These untermauern können, daß britische Richter die Entscheidung des Gesetzgebers einer inhaltlichen Kontrolle unterwerfen, wenn diese von ihren eigenen Wertvorstellungen abweichen (vgl. die Entscheidungen Lyanage v. R. und The Bribery Commissioner v. Ranasinghe). Zugleich wäre dies ein weiteres Argument für die ablehnende Haltung gewesen, die der Autor in der aktuellen britischen Diskussion um eine neue Bill of Rights einnimmt.

Alexander Dix

VILHO HARLE (ed.)

**Political Economy of Food**

Proceedings of an International Seminar. Tampere Peace Research Institute (Finnland), Research Reports No. 12, 1976, 301 p.

In diesem Band sind zwölf Beiträge überwiegend skandinavischer Autoren vereint, die auf einem Seminar im April 1976 in Tampere vorgetragen worden sind. Das Schwergewicht der Beiträge kreist um den Zusammenhang „internationales (kapitalistisches) System und Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern“. Es werden nach einem einleitenden Beitrag über die „Politische Ökonomie des Hungers“ (J. Heinrichs, Starnberg) behandelt: Nahrungsmittelimporte und Neokolonialismus (H. Tuomi, Tampere), Optionen der Agrarentwicklung und die Welternährungskonferenz (H. O. Bergesen, Oslo), Nahrungsmittel als politische Waffe (P. Wallensteen, Uppsala), amerikanische Nahrungsmittelhilfe (M. Gustafsson, Tampere), verschiedene Beiträge über die Rolle des Agrobusiness bzw. kapitalistischer Landbewirtschaftung in der Dritten Welt (E. Feder, Den Haag; G. Arroyo,

Paris; V. Harle, Tampere), über den Zusammenhang von Ernährungsproblemen und Agrarreformen (L. Bagranov, Moskau), Produktion und Handel von Düngemitteln (R. Väyrynen, Tampere) und die Bedeutung von organischem Dünger in der Entwicklungsstrategie (S. Ananthakrishnan, Oslo). Der Ansatz aller Autoren ist ein radikaler, z. T. orthodox marxistischer. Obwohl die hier abgedruckten Papiere nur eine Auswahl der Konferenzbeiträge darstellen, hätte man auf den einen oder anderen sehr wohl auch noch verzichten können, da ihr empirischer oder theoretischer Wert sehr begrenzt ist bzw. die Polemik allzu vordergründig erscheint. Dennoch sollte diese Edition, gerade von den mit diesem Ansatz nicht vertrauten Leser, nicht übergangen werden.

Rolf Hanisch

COLIN A. HUGHES

**Mr. Prime Minister: Australian Prime Ministers 1901—1972**, Oxford University Press, Melbourne, London, Wellington, New York 1976.

Zusammen mit anderen Einrichtungen des britischen Verfassungssystems hat Australien auch die Institution des cabinet government übernommen, in dem der Premierminister im Laufe der Verfassungsentwicklung weit über die Rolle eines primus inter pares hinausgewachsen ist. Für das britische Verfassungssystem ist man deshalb gelegentlich schon zur Bezeichnung als eines prime ministerial government übergegangen. Trotz mancher Unterschiede der sozioökonomischen Struktur und der verfassungsinstitutionellen Ordnung ist die Entwicklung in Australien weitgehend ähnlich verlaufen. Auch hier findet sich eine Konzentrierung der Macht beim Premierminister. Daraus erklärt sich unschwer das große Interesse auch an den Amtsinhabern selbst. Es schlägt sich in einer Vielzahl von Biographien über die Premierminister nicht nur in England sondern auch in Australien nieder.

Colin A. Hughes unternimmt es nun, die biographisch-politischen Daten der 21 australischen Premierminister, die seit dem Bestehen des australischen Commonwealth amtiert haben, in knappen Abrissen zusammenzufassen. Sein erkenntnisleitendes Interesse wird dabei nicht so sehr von Fragestellungen der politischen Psychologie bestimmt, die Sammlung versteht sich vielmehr als „institutional biography“. Dargestellt werden die Beziehungen des Premierministers zum Monarchen und seinem Stellvertreter in Gestalt des Generalgouverneurs, seine Beziehungen zu Kabinett und Parlament, seine Rolle in der Partei und sein Verhältnis zu den Massenmedien und darüber hinausgehend zur Wählerschaft. Auch seine außenpolitischen Initiativen und die Beziehungen zu den Premierministern der einzelnen Bundesstaaten Australiens werden berücksichtigt. Hughes stützt sich dabei auf die vorhandene biographische Literatur, die allerdings je nach Bedeutung der Premierminister im Umfang und hinsichtlich gründlicher Durcharbeitung sehr unterschiedlich breit in der Quellenlage ist. Der Wert der Einleitung, in der der Verfasser die Entwicklung des Amtes des Premierministers in den bis 1901 unabhängig voneinander verwalteten Kolonien schildert, wäre sicher noch zu erhöhen gewesen, wenn sie auch eine Analyse der Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung des Amtes und den persönlichen Qualifikationen und politischen Präferenzen der Amtsinhaber von 1901 bis 1972 enthalten hätte. Hughes mag sich bei dieser Selbstbeschränkung dadurch gerechtfertigt gesehen haben, daß es über